

# Volksinitiative "Klimawende JETZT – Autos raus aus der Hamburger Innenstadt“

zu der Vorlage zu folgendem Gegenstand der politischen Willensbildung

**"Senat und Bürgerschaft unternehmen unverzüglich alle notwendigen Schritte, damit die gesamte Hamburger Innenstadt (Altstadt und Neustadt) spätestens 12 Monate nach Beschluss durch den Volksentscheid vom motorisierten Individualverkehr (MIV) bis auf wenige, begründete Ausnahmen befreit ist. Sämtliche Ausnahmeregelungen /-genehmigungen sind inkl. Begründung im Transparenzportal zu veröffentlichen."**

**Vertrauenspersonen und Initiatoren** (erklärungsberechtigte Personen): 1. Bernd Kroll, 2. Joachim Lau, 3. Jochen-Carl Müller. **Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 15. Januar 2020**

**Hinweise:** 1. Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftenlisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt einer dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungsberechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftenliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt. 2. Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt. 3. Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben: a. Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG), b. Sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG), c. sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG). 4. Jede der oben genannten Personen ist berechtigt, für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen, (a) dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG), (b) ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG).

**Erklärungen:**

- Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zu der Vorlage zu oben genanntem Gegenstand der politischen Willensbildung.
- Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf der Vorlage im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

Lfd. Nr.	Familien-, Vorname(n)	Geb.- Jahr	Anschrift der alleinigen oder der Hauptwohnung Straße, Hausnr.	PLZ	Datum	Unterschrift	Amtliche Vermerke
1				HH			
2				HH			
3				HH			
4				HH			
5				HH			

Bitte senden Sie diese Unterschriftenliste (im Original per Post) möglichst umgehend an: **Klimaschutz Hamburg, Mühlenkamp 63A, 22303 Hamburg**, oder informieren Sie uns per E-Mail: [info@klimaschutz-hamburg.de](mailto:info@klimaschutz-hamburg.de). Wir holen die Liste dann gerne bei Ihnen ab!  
 Neue Listen zum weiteren Sammeln können Sie unter [www.klimaschutz-hamburg.de](http://www.klimaschutz-hamburg.de) von unserer Website ausdrucken!

## Begründung

**„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“ (Weissagung der Cree?)**

Seit über einem Jahr demonstrieren Schüler jeden Freitag auch in Hamburg und es hat sich so gut wie NICHTS getan. Der rot / grüne Senat und die Hamburgische Bürgerschaft sind ganz offensichtlich nicht bereit, das zu tun, was notwendig ist: **die Klimakrise als solche zu benennen und vor allem sofort zu HANDELN**. Die Erwärmung der Erde ist real. Sie ist bedrohlich. Sie ist von Menschen gemacht. Also müssen wir auch alles Menschenmögliche unternehmen, um diese Herausforderung zu bewältigen. Menschen können Großartiges leisten.

Die Klimakrise bedroht unsere Existenz auf der ganzen Welt, aber auch in Deutschland und ganz besonders hier in Hamburg an der Elbe. Es bleibt uns nur noch wenig Zeit um die Klimakrise aufzuhalten. Das Pariser Abkommen muss auch in Hamburg konsequent umgesetzt werden.

Daher müssen wir hier in Hamburg sofort handeln – nicht erst 2030 oder noch später. Noch haben wir die Chance die Klimakatastrophe zu verhindern. Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif und wir werden alle unser Leben verändern müssen. Wir brauchen den Mut zu neuem Denken, bekannte Wege zu verlassen, die Bereitschaft, Neues zu wagen und die Entschlossenheit schneller zu handeln.

Als ersten Schritt hat Hamburg den Ausstieg aus der Kohle beschlossen. In einem zweiten Schritt müssen wir jetzt den motorisierten Individualverkehr (MIV) aus der Hamburger Innenstadt verbannen. Denn gerade im Verkehrssektor muss der CO<sub>2</sub> Ausstoß drastisch reduziert werden. Da das Angebot des ÖPNVs in der Hamburger Innenstadt sehr gut ist, besteht hier keine Notwendigkeit mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren. Ausnahmen darf es nur in wenigen, begründeten Ausnahmefällen geben. Zum Beispiel wer da wohnt und einen Parkplatz auf seinem Grundstück hat, Lieferverkehr, Ver- und Entsorgung oder Menschen mit einer außergewöhnlichen Behinderung. Ziel der INI ist es so schnell wie möglich die Hamburger Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zu befreien und damit einen deutlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub> Reduktion in Hamburg zu leisten.

Wenn wir jetzt nicht aktiv werden, dann wird auch in den nächsten Jahren NICHTS passieren. HANDELN statt REDEN!

**„Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt –  
sondern von unseren Kindern geliehen.“**

Die INI Klimaschutz Hamburg ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Hamburger Initiativen und ist überparteilich. Wir haben diese INI jetzt gegründet, da wir nicht länger zusehen wollen, wie in Hamburg der Senat und die Bürgerschaft diskutieren, aber nicht handeln.